



## Niederschrift

### 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 22.06.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:26 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcel Piest	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	

#### zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP
--	-----

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Vertr. für Herrn Matthias Lack, Fraktion DIE LINKE
-------------------	-----------	---

#### sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Tino Henning	DIE LINKE	bis 18:45 Uhr
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	ab 19:00 Uhr
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	
Herr Holger Wolinski	SPD	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	

#### Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt	BGO für den GB 4
-------------------	------------------



- 3.1 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"  
Vorlage: 16/SVV/0268  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV  
(Wiedervorlage)
- 3.2 Effiziente Flächennutzung in Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0320  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 3.3 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen  
Vorlage: 17/SVV/0282  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 3.4 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt  
Vorlage: 17/SVV/0287  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
FA, SBV (ff)  
(Wiedervorlage)
- 3.5 Nedlitzer Str./Plattner-Campus: Alleebäume retten, P+R flexibilisieren  
Vorlage: 17/SVV/0380  
Fraktion DIE aNDERE  
SBV (ff)  
(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)
- 3.6 Flächennutzungsplan-Änderung "Sportplatz Lerchensteig" (13/16) - Auslegungsbeschluss  
Vorlage: 17/SVV/0441  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)
- 3.7 Potsdam seniorengerecht gestalten  
Vorlage: 17/SVV/0452  
Fraktion CDU/ANW  
GSI, B/Sp., SBV, HA
- 3.8 Phosphat Recycling  
Vorlage: 17/SVV/0458  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.9 Glascontainergestaltung in Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0459  
Fraktion CDU/ANW
- 3.10 Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße"  
Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag sowie Änderung des Flächennutzungsplans 'Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße' (05/14)  
Vorlage: 17/SVV/0469  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)

- 3.11 Pfandringe als Beschäftigungsmodell  
Vorlage: 17/SVV/0477  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
GSI (ff)
- 3.12 Brücke Auf dem Kiewitt / Hermannswerder  
Vorlage: 17/SVV/0478  
Fraktionen SPD und CDU/ANW  
SBV (ff)
- 3.13 Änderung der Kinderspielplatzsatzung - öffentliche Auslegung  
Vorlage: 17/SVV/0483  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
SBV (ff)
- 3.14 1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung  
Vorlage: 17/SVV/0489  
Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation  
FA, HA
- 3.15 Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0498  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)
- 3.16 Weg um Meedehorn in Sacrow  
Vorlage: 17/SVV/0499  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Vorab-Information zur Beschlussvorlage "Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs"  
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges
- 5.1 Rückfragen zur Kleinen Anfrage 17/SVV/0355 "Entwicklung von Baumfällungen"  
Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Rietz, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

**zu 2      Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.5.2017 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 18.05.2017 gibt es seitens der Mitglieder keine Einwendungen.

Es erfolgt ein Nachtrag der Verwaltung zum TOP 3.11 MV „Durchsetzung Rauchverbot an Haltestellen“ (S. 14 f.) zu der Frage, wann der Erklärfilm fertiggestellt sein wird:

„Nach erfolgter Rücksprache mit der ViP, befindet sich der dort gemeinsam mit dem Kundenbeirat erarbeitete Erklärfilm in der Endabstimmung zwischen ViP und der Produktionsfirma. Eine Fertigstellung des dreiteiligen Filmmaterials wird Mitte Juli erwartet.

Bei dem Film handelt es sich um einen dreiteiligen Spot unter dem Leitbegriff ‚gegenseitige Rücksichtnahme‘. Die Aufforderung zum Nichtrauchen im Haltestellenbereich ist hier mit eingearbeitet.“

Die Niederschrift wird mit dieser Ergänzung mit 3:0:3 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung erfolgt zum TOP 3.1 „Leitentscheidung zum B-Plan Nr. 146, ‚Nordwestseite Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ die Bitte der Verwaltung, den TOP zusammen mit 4.1 „Vorabinformation zur Beschlussvorlage ‚Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ zu behandeln.

Den TOP 3.3 „Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen“ bittet der Antragsteller nochmals zurückzustellen und im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan zum „Humboldtring“ wieder aufzurufen.

Der TOP 3.4 „Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt“ soll ebenfalls nochmals zurückgestellt werden. Der Antragsteller erklärt, dass der angekündigte gemeinsame vor-Ort-Termin mit der Bürgerinitiative und der Verwaltung noch nicht stattfinden konnte. Nachdem dieser erfolgt sei, könne der Antrag im Ausschuss erneut aufgerufen werden.

Unter dem TOP „Sonstiges“ wird die Verwaltung zum bundesweiten Lärmaktionsplan des Eisenbahn-Bundesamtes informieren.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig angenommen.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"**

**Vorlage: 16/SVV/0268**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

SBV

(Wiedervorlage)

i. V. m.

**zu 4.1 Vorab-Information zur Beschlussvorlage "Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs"**

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Jäkel bringt den neuen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur Vorlage 16/SVV/0268 ein und begründet ihn.

„Die StVV möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 146 „Nordwestseite Jungfernsee/ Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ ist im Bereich der ehemaligen historischen Parkanlage der Villa Jacobs auf Grundlage der in Anlage 5 dargestellten Handlungsoption 2 fortzuführen.“

*(Anm. der Protokollantin: Dieser Änderungsantrag ersetzt den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 9.5.2016, eingebracht in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 19.5.2016)*

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) geht auf die Erläuterungen zur Vorlage 16/SVV/0268 aus der letzten Sitzung ein und erklärt, dass die Leitentscheidung nicht mehr aktuell sei. Die zwischenzeitlich rechtskräftig ergangene Waldumwandlungsgenehmigung durch den Landesbetrieb Forst Brandenburg habe zur Folge, dass der Eigentümer keinen Wert mehr auf den Fortgang des Bebauungsplanverfahrens lege und dies auch objektiv nicht mehr notwendig sei. Die aus diesem Anlass mit dem Eigentümer erfolgten Verhandlungen zu einem begleitenden Städtebaulichen Vertrag zur Wiederherstellung von Wegeverbindungen und zur Sicherung von Nutzungsrechten im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs seien abgeschlossen und münden nun in der Beschlussvorlage zur „Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs“ (DS 17/SVV/0539), die den Mitgliedern in Vorbereitung auf diese Sitzung zugegangen sei und in der Stadtverordnetenversammlung am 5.7. per Sofortbeschluss entschieden werden soll. Da die DS 16/SVV/0268 entsprechend den vorherigen Ausführungen überholt sei, würde mit dem angestrebten Sofortbeschluss der Vorlage 17/SVV/0539 gleichzeitig die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens beschlossen.

Frau Holtkamp macht Ausführungen zu den Vertragsinhalten und erläutert anhand von Kartenmaterial die geplante Wegeführung. Der Eigentümer sei nach wie vor bereit, die bisher getroffenen Regelungen zur Realisierung und öffentlichen Nutzbarkeit des Uferweges umzusetzen. Auch eine allgemein zugängliche Durchwegung von der Fritz-von-der-Lancken-Straße bis zum Wendehammer der Straße am Jungfernsee unter Inanspruchnahme seiner als

Bauland festgesetzten Flächen will der Eigentümer ermöglichen. Der Städtebauliche Vertrag enthält außerdem das Angebot einer zeitlich begrenzten Öffnung der Parkanlage für die Allgemeinheit (mindestens acht Werktage im Jahr).

Da der Eigentümer zügig mit der Umsetzung beginnen möchte, sei die Zustimmung zu diesem Städtebaulichen Vertrag für die kommende Stadtverordnetenversammlung per Sofortbeschluss vorgesehen.

Herr Rietz erkundigt sich nach der Möglichkeit des Ankaufs der Fläche durch die Landeshauptstadt Potsdam (LHP), wie im Änderungsantrag der Fraktion Die Linke gefordert.

Herr Rubelt erläutert, dass die in Rede stehende Fläche in der Vergangenheit schon einmal im Eigentum der LHP war. Es würde sich hierbei also um einen Rückkauf von ehemaligem Eigentum handeln. Zudem sei ein Erwerb nur mit Zustimmung des Eigentümers möglich. In dem Städtebaulichen Vertrag seien die bestmöglichen Bedingungen für die LHP ausgehandelt worden, dem deswegen zugestimmt werden sollte.

Herr von Osten-Sacken verweist noch einmal auf die erstklassige Lage der Fläche und ihren Mehrwert für die Allgemeinheit. Aus seiner Sicht ist die Flächenbereitstellung für den Uferweg prioritär. Den bisher guten Willen des Eigentümers solle man nicht gefährden und sein Angebot annehmen.

Die Vorabinformation zur Beschlussvorlage "Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs" nimmt der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag zur DS 16/SVV/0268 der Fraktion Die Linke zur Abstimmung.

Die StVV möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 146 „Nordwestseite Jungfernsee/ Nördliche Parkanlage Villa Jacobs“ ist im Bereich der ehemaligen historischen Parkanlage der Villa Jacobs auf Grundlage der in Anlage 5 dargestellten Handlungsoption 2 fortzuführen.

Er wird mit 5:0:1 **angenommen**.

Die Vorlage DS 16/SVV/0268 wird in Anbetracht des in der Stadtverordnetenversammlung am 5.7. angestrebten Beschlusses der Vorlage DS 17/SVV/0539 nicht abgestimmt.

### zu 3.2 **Effiziente Flächennutzung in Potsdam**

#### **Vorlage: 16/SVV/0320**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Herr Walter bringt die mit der Verwaltung abgestimmte neue Fassung des Antrags ein und bittet um Zustimmung.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Bauvorhaben der Stadt bzw. ihrer nachgeordneten Einrichtungen und Firmen dafür Sorge zu tragen, dass zuerst alle Möglichkeiten einer effizienteren Flächennutzung ausgelotet werden, um wertvolle Naturräume zu schützen. Dabei sollen auch die Eigentümer von Flächen in der Nachbarschaft geprüft und die Möglichkeit einer Einbeziehung erkundet werden.“

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bestätigt, dass die neue Fassung von der Verwaltung mitgetragen werden kann und die geforderten Prüfungen möglich seien.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei Bauvorhaben der Stadt bzw. ihrer nachgeordneten Einrichtungen und Firmen dafür Sorge zu tragen, dass zuerst alle Möglichkeiten einer effizienteren Flächennutzung ausgelotet werden, um wertvolle Naturräume zu schützen. Dabei sollen auch die Eigentümer von Flächen in der Nachbarschaft geprüft und die Möglichkeit einer Einbeziehung erkundet werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>4</b>

### zu 3.3 **Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen**

#### **Vorlage: 17/SVV/0282**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan zum Humboldtring wieder aufgerufen. (sh. Abstimmung zur

Tagesordnung)

**zu 3.4 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt**

**Vorlage: 17/SVV/0287**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FA, SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt bis die Voraussetzungen für einen Wiederaufruf erfüllt sind (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

Der Antragsteller wird gebeten, ein entsprechendes Signal an die Verwaltung zu geben.

**zu 3.5 Nedlitzer Str./Plattner-Campus: Alleebäume retten, P+R flexibilisieren**

**Vorlage: 17/SVV/0380**

Fraktion DIE aNDERE

SBV (ff)

(Rücküberweisung/ Wiedervorlage)

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass es sich hierbei um eine Rücküberweisung aus der letzten Stadtverordnetenversammlung vom 5.6. handelt. Grund dafür sei das fehlende Votum des hiesigen Ausschusses. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (SBV) sei der Antrag mit 0:5:1 abgelehnt worden.

Herr Jäkel geht auf die Gründe der Ablehnung aus dem SBV-Ausschuss ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Entscheidung der Entwurfsplanung des Verkehrsknotens Nedlitzer Str./Konrad-Zuse-Ring Süd die Linksabbiegespur derart zu planen, dass auf die Fällung der Eiche 350 verzichtet werden kann.

Die Machbarkeit einer Zufahrt zur den geplanten Busendhaltestellen der Linien 604 und 609 ist über die Nordzufahrt (ehemaliger Standort der Eiche 365) alternativ zu planen. Die Planstudie ist der SVV zur Entscheidung vorzulegen.

Der im Wendekreis der Straßenbahn geplante P+R-Parkplatz für bisher 60 PKW ist als Parkhaus in modularer Bauweise zunächst für 3 Ebenen erweiterbar zu planen.

Das Parken ist für P+R-Kundinnen des ÖPNV kostenfrei zu gestalten.

Die in der Entwurfsplanung an der Nedlitzer Straße vorgesehenen ca. 30 Parkplätze sind nicht weiter zu planen, da diese auf der freizuhaltenden Trasse der Straßenbahn nach Krampnitz liegen.

Im Konzept ist ein überdachter Parkraum für zunächst 50 Fahrräder vorzusehen,

dessen Erweiterung bei Bedarf ermöglicht werden soll.

Die Kosten sind durch den Entwicklungsträger zu tragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>0</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmhaltung:	<b>1</b>

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

**zu 3.6 Flächennutzungsplan-Änderung "Sportplatz Lerchensteig" (13/16) - Auslegungsbeschluss**

**Vorlage: 17/SVV/0441**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage ein und erläutert den Sachstand.

Mit dem Ziel, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines dringend benötigten Fußballplatzes im Potsdamer Norden zu schaffen, erging im Dezember 2016 durch die Stadtverordnetenversammlung der Aufstellungsbeschluss für eine Flächennutzungsplan-Änderung „Sportplatz Lerchensteig“ (DS 16/SVV/0652). Im Planverfahren wurden alternative Standorte geprüft, die Ergebnisse sind Bestandteil dieser Vorlage. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 30.5.2017 hatte die Verwaltung zugesagt, zusätzlich einen ausführlicheren Vergleich von drei Standorten vorzulegen. Näher geprüft wurden hierbei zwei Standorte am Lerchensteig sowie ein Standort am Remisenpark. Im Ergebnis sei der bisher vorgesehene Standort „Lerchensteig/ Schneiderweg (AWO-Grundstück)“ am besten für das Vorhaben geeignet. Hinsichtlich der Naturschutzbelange wurde die Fläche durch den Naturschutzbeirat für am sinnvollsten eingeschätzt. Genauere Darstellungen enthält die an die Fraktionen versendete Übersicht. Im Gegensatz zu den anderen beiden Standorten ist der Standort „Lerchensteig/Schneiderweg (AWO-Grundstück)“ zudem sofort verfügbar und zeitnah aktivierbar. Die Anbindung durch den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sei unbestritten ausbaufähig, der Standort ist aber auch jetzt schon erreichbar und Verbesserungen im ÖPNV sind in den kommenden Jahren vorgesehen. Nach bisherigem Kenntnisstand existieren nach dem Abschluss der Flächennutzungsplan-Änderung keine Ausschlussgründe, die gegen eine Nutzung als Fußballplatz an diesem Standort sprechen. Ferner sei der Sportplatz nicht nur dem Vereinssport vorbehalten, sondern könne auch von den Bewohnern des Obdachlosenheims sowie von den geflüchteten Menschen auf dem Gelände der Arbeiterwohlfahrt (AWO) genutzt werden.

Herr Henning erkundigt sich u.a., ob auch der Fußballverein, Potsdamer Kickers 94 e. V., den Vorschlag unterstütze.

Herr Wolfram bejaht dies. Zwar sei die Erreichbarkeit nicht optimal, dennoch

freue man sich, endlich wieder eigene Vereinsräume und einen festen Sportplatz zu haben. Der Vereinsvorsitzende war im Mai im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung und hat sich für diesen Standort ausgesprochen, da dies der einzige ist, der zeitnah realisierbar ist.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Entwürfe der Flächennutzungsplan-Änderung "Am Lerchensteig" (13/16) und der Begründung werden in der vorliegenden Fassung (siehe Anlage 2) gebilligt und sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlage 1).

Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 3.7 Potsdam seniorengerecht gestalten**

**Vorlage: 17/SVV/0452**

Fraktion CDU/ANW  
GSI, B/Sp., SBV, HA

Herr Rietz verweist auf den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion, in dem der Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt worden sei. Die Forderungen seien in einem derzeit in Erarbeitung befindlichen Seniorenplan beinhaltet.

Herr Rietz erklärt den Antrag für den Antragsteller als durch Verwaltungshandeln erledigt.

**zu 3.8 Phosphat Recycling**

**Vorlage: 17/SVV/0458**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Walter bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Er bittet um Zustimmung.

Herr Schenke (Bereich Verwaltung / Finanzmanagement) berichtet, dass im Oktober 2017 die novellierte Klärschlammverordnung in Kraft treten werde, in der Regelungen zur verpflichtenden Phosphorrückgewinnung beinhaltet sind. Die Kläranlage Potsdam-Nord falle künftig unter die Anlagen größer 100.000 EW

(Einwohnerwert). Die Abwasserkonzeption für 2014 – 2018 enthält noch keine Regelungen zur Phosphorrückgewinnung, da zum Zeitpunkt der Erarbeitung noch keine gesetzlichen Regelungen dazu vorlagen. Auch die Aufnahme von Maßnahmen zur Phosphorrückgewinnung in die Abwasserkonzeption 2019 – 2023 wird der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) noch nicht möglich sein, die gesetzlich eingeräumte Übergangszeit von 12 Jahren werde wohl ausgeschöpft werden müssen. Begründet liegt dieser Umstand darin, dass die Prozesse zur Rückgewinnung von Phosphaten verfahrenstechnisch komplex und sehr aufwendig seien. Unter anderem aus Gründen der Optimierung der Kosten für den Potsdamer Abwasserkunden werde mit anderen Entsorgern in der Region nach gemeinsamen Lösungen gesucht. Erste Gespräche wurden geführt. Man stehe jedoch noch am Anfang eines entsprechenden Prozesses.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Rückgewinnung von Phosphor (Phosphat) aus dem kommunalen Abwasser und Klärschlamm in der Konzeption zur Abwasserentsorgung der Landeshauptstadt Potsdam zu berücksichtigen.

Die Umsetzung der Phosphatrückgewinnung ist bis 2028 anzustreben.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.9 Glascontainergestaltung in Potsdam**

**Vorlage: 17/SVV/0459**

Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Frau Prestin (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger [Abfallentsorgung]) erklärt, dass das Anliegen dem Grunde nach unterstützt werden könne. Zu bedenken gibt sie jedoch, dass die betreffenden Glassammelcontainer Eigentum der Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP) sind. Eine entsprechende Gestaltung ist demnach mit der STEP abzustimmen. Auch dürfe durch die Gestaltung die Leerung der Container nicht beeinträchtigt werden. Eine entsprechende Prüfung durch die Verwaltung könne jedoch vorgenommen werden.

Herr Jäkel spricht sich für den Prüfauftrag aus. Eine ansprechende Gestaltung von Glassammelcontainern könnte die Suche nach weiteren Standorten

begünstigen und mehr Aufstellungen ermöglichen.

Herr Walter weist auf überfüllte Glassammelcontainer an einem Standort in Babelsberg-Süd hin, wo seit einiger Zeit scheinbar keine Leerung erfolgt sei.

Herr Rietz bestätigt diese Beobachtung für die Mitschurinstraße.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die derzeitigen/zukünftigen Glascontainer-Standorte im Stadtbild aufgewertet bzw. die Gestaltung einzelner Glascontainer dem Stadtbild angepasster gestaltet werden können.

Dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sind mögliche Umsetzungsmaßnahmen im Oktober 2017 vorzustellen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig **angenommen**.

**zu 3.10    Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße"  
Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag sowie  
Änderung des Flächennutzungsplans 'Steinstraße/Kohlhasenbrücker  
Straße' (05/14)  
Vorlage: 17/SVV/0469  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
SBV (ff)**

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation. Der Bebauungsplan bezweckt eine geordnete städtebauliche Entwicklung für das Areal zwischen der Steinstraße, der Kohlhasenbrücker Straße und der Großbeerenstraße mit 12 Mehrfamilienhäusern. Für den westlichen Teilbereich des Plangebietes bestand die Möglichkeit, vorab 5 Mehrfamilienhäuser zu errichten. Der zur Umsetzung der Planung vorgelegte städtebauliche Vertrag dient der Sicherung der wald- und naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen sowie der Übernahme der Investitionskosten entsprechend dem Potsdamer Baulandmodell.

Herr Walter erkundigt sich, warum der Wert der Vertragsstrafe so niedrig angesetzt sei.

Frau Holtkamp erläutert, dass es sich bei dieser Art der Strafzahlung nicht um eine einmalig aufzuerlegende Zahlung handelt. Die Zahlung der Vertragsstrafe

könne so lange auferlegt werden, bis der Vertrag erfüllt sei.  
Die Nachfrage von Herrn Walter, ob die städtebaulichen Maßnahmen gesichert sein, bejaht Frau Holtkamp.

Herr Piest möchte wissen, ob die Höhe der Vertragsstrafen, die er als sehr gering empfindet, ein Standardwert sei oder für jeden Vertrag neu verhandelt werde.

Herr Rubelt erläutert, dass sich der Wert nach dem Vertragsgegenstand richtet und entsprechend angemessen sein müsse. Er weist nochmals darauf hin, dass die Zahlung einer Vertragsstrafe nicht einmalig bleiben muss, sondern wiederholt auferlegt werden könne.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" ist nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (gemäß Anlagen 3 und 4).
2. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan wird zugestimmt, soweit aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kein Änderungsbedarf mehr resultiert (siehe Anlage 5).
3. Die Änderung des Flächennutzungsplans "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" (05/14) ist im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen (Anlage 6).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmhaltung:	<b>1</b>

**zu 3.11 Pfandringe als Beschäftigungsmodell**

**Vorlage: 17/SVV/0477**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI (ff)

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er bittet um Zustimmung.

Frau Schulze erkundigt sich, ob sich bereits ein Träger für die Durchführung eines entsprechenden Pilotprojektes bereit erklärt habe.

Im Nachgang zur Sitzung erklärt Herr Walter, dass der Antrag innerhalb der

Verwaltung von der Geschäftsstelle für Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung unterstützt werde. Einen Vorhabenträger gebe es noch nicht. Dies müsste, bei Zustimmung durch die Stadtverordnetenversammlung, mit der Geschäftsstelle und der Agentur für Arbeit noch ausgehandelt werden.

Herr Rubelt verweist auf die laufenden Abstimmungen zur Sauberheitskampagne der Landeshauptstadt, in die dieses Thema aufgenommen und in einer der entsprechenden Arbeitsgruppen ausführlicher geprüft und diskutiert werden könne.

Herr Walter nimmt diesen Vorschlag an und formuliert den Antrag für den Antragsteller wie folgt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob** im Rahmen der Sauberheitskampagne (DS 16/SVV/0493) die Einführung von Pfandringen über Arbeitsfördermaßnahmen in die Kampagne **zu integrieren werden kann.**“

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, ob** im Rahmen der Sauberheitskampagne (DS 16/SVV/0493) die Einführung von Pfandringen über Arbeitsfördermaßnahmen in die Kampagne **zu integrieren werden kann.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>2</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 3.12 Brücke Auf dem Kiewitt / Hermannswerder**

**Vorlage: 17/SVV/0478**

Fraktionen SPD und CDU/ANW  
SBV (ff)

Herr Piest bringt den Antrag ein und erläutert ihn. Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen soll alternativ geprüft werden.

Herr Walter bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form der Einsatz eines solar betriebenen Fahrgastschiffes, an Stelle der bestehenden Fährverbindung Hermannswerder / Auf dem Kiewitt eingerichtet werden kann. In

die Prüfung sind auch mögliche EU-, Bundes- und Landesmittel für eine entsprechende Förderung mit einzubeziehen.“

Herr Jäkel merkt an, dass beides durchaus geprüft werden könne, von dem Antrag jedoch zeigt er sich überrascht. Schließlich sei eine ähnliche Debatte bezüglich einer Brücke vom Hauptbahnhof zur Freundschaftsinsel bereits geführt und festgestellt worden, dass eine Brücke, wie sie hier diskutiert werde, baulich höchst aufwendig sei.

Herr Linke schließt sich dieser Meinung an.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) hält beide Varianten für prüfwürdig. Im Zuge einer solchen Prüfung würde dann auch eine Nutzen-Kostenanalyse vorgenommen. Einzig der angesetzte Zeitrahmen sei nicht zu realisieren. Da die Prüfung durch einen externen Anbieter erfolge müsse, sei hierfür etwa ein Jahr anzusetzen. Er geht davon aus, im 3. Quartal 2018 berichten zu können. Auf die Frage von Frau Schulze nach den Kosten für die Beauftragung Dritter kann Herr Niehoff noch keine Schätzung abgeben. Dies sei Teil künftiger Überlegungen.

Herr Piest übernimmt für den Antragsteller den Termin für die Berichterstattung im 3. Quartal 2018 und ändert den Antrag entsprechend.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form der Einsatz eines solar betriebenen Fahrgastschiffes, an Stelle der bestehenden Fährverbindung Hermannswerder / Auf dem Kiewitt eingerichtet werden kann. In die Prüfung sind auch mögliche EU-, Bundes- und Landesmittel für eine entsprechende Förderung mit einzubeziehen.

Er wird mit 4:0:2 Stimmen **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **folgende zwei Varianten** zu prüfen,

1. ob und in welcher Form eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke an Stelle

der bestehenden Fährverbindung Auf dem Kiewitt / Hermannswerder herzustellen ist. Hierbei soll auch geprüft werden welche Bundes- und oder Landesmittel für die Förderung des Infrastrukturvorhabens herangezogen werden können.

2. **ob und in welcher Form der Einsatz eines solar betriebenen Fahrgastschiffes, an Stelle der bestehenden Fährverbindung Hermannswerder / Auf dem Kiewitt eingerichtet werden kann. In die Prüfung sind auch mögliche EU-, Bundes- und Landesmittel für eine entsprechende Förderung mit einzubeziehen.**

Der SVV ist ~~bis November 2017~~ **im 3. Quartal 2018** zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

### **zu 3.13 Änderung der Kinderspielplatzsatzung - öffentliche Auslegung**

**Vorlage: 17/SVV/0483**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen  
SBV (ff)

Herr Claes (Bereich Grünflächen) bringt die Vorlage ein und erläutert sie. Infolge der Änderung der Brandenburgischen Bauordnung vom 19. Mai 2016 und in Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordneten vom 7. November 2016 (16/SVV/0400) wurde eine Überarbeitung der Kinderspielplatzsatzung nötig. Mit dieser Überarbeitung werde sichergestellt, dass die neue Brandenburgische Bauordnung als Ermächtigungsgrundlage auf die vorliegende Ortssatzung in vollem Umfang Anwendung findet. Dies hat u. a. zur Folge, dass die Pflicht zur Herstellung von Spielplätzen bereits bei einem Bauvorhaben ab 3 Wohnungen besteht, gleichzeitig dem Bauherren aber auch die Möglichkeit der Ablöse dieser Verpflichtung durch die Zahlung eines Geldbetrages eingeräumt wird. Die hierfür eingenommen Beträge sind durch die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) für den Bau öffentlicher Kinderspielplätze zu verwenden. Darüber hinaus wird den aktuellen Gegebenheiten Rechnung getragen und für alle potentiellen Nutzer die uneingeschränkte Zugänglichkeit und Benutzbarkeit der auf der Basis dieser Satzung errichteten Spielflächen ermöglicht. Mit dieser Vorlage solle die öffentliche Auslegung der überarbeiteten Kinderspielplatzsatzung beschlossen werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis des eingereichten Entwurfs zur Änderung der Kinderspielplatzsatzung den Trägern öffentlicher Belange gem. § 87 Abs. 8 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) Gelegenheit zur

Stellungnahme zu geben und die öffentliche Auslegung des Satzungsentwurfs durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.14 1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung**

**Vorlage: 17/SVV/0489**

Oberbürgermeister, FB Recht, Personal und Organisation  
FA, HA

Frau Krusemark (Fachbereich Recht, Personal und Organisation) bringt die Vorlage ein und begründet sie.

Die Verwaltungsgebührensatzung vom 05.06.2013 ist seit dem 01.08.2013 in Kraft und habe sich überwiegend bewährt. Aus den bisherigen Erfahrungen heraus sei es jedoch erforderlich, einige Änderungen und Ergänzungen vorzunehmen. In der Satzung selbst handelt es sich überwiegend um redaktionelle Änderungen. Im Bereich der Leistungen hat sich herausgestellt, dass ein Gebührentatbestand zu unkonkret formuliert ist, sodass er nicht angewandt bzw. die entsprechende Leistung nicht abgerechnet werden könne. Bei einer weiteren Leistung entspricht die Höhe der Gebühr nicht dem Verwaltungsaufwand, sodass sie angepasst werden muss. Eine Leistung, Gebühren für Beurkundungen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie, ist neu im Gebührenverzeichnis aufzunehmen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Erste Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam (1. Änderungssatzung Verwaltungsgebührensatzung)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.15 Konzept für städtisches Carsharing in Potsdam**

**Vorlage: 17/SVV/0498**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Mitteilungsvorlage ein und stellt den derzeitigen Arbeitsstand dar.

Die Analyse der verschiedenen Potentiale für Carsharing innerhalb der

Landeshauptstadt ergab, dass ein kommerziell betriebenes Carsharing in Potsdam wenig verbreitet ist. Die Anbieter Flinkster und Greenwheels sind mit wenigen Stationen vertreten und über professionell betriebene Online-Plattformen wie Drivy und Tamyca können Privatpersonen anderen ihr Auto zur Verfügung stellen. Mit Carsharing-Initiativen (u. a. Stadtteilauto) wurde u. a. erörtert, wie die Initiativen organisiert sind, welche Potentiale sie haben und welche weiteren Unterstützungen hilfreich sein können. Im Rahmen der Analysen zu Ausbaumöglichkeiten von Carsharing erfolgte zudem ein Austausch zwischen den Initiativen und dem Bundesverband Carsharing (bcs) sowie mit dem Verkehrsclub Deutschland e. V. (VCD).

Im Hinblick auf Elektromobilität wurde parallel begonnen, Standorte für den stufenweisen Aufbau von Ladeinfrastruktur für E-Autos in der Landeshauptstadt Potsdam zusammenzutragen. Soweit möglich werden Carsharing-Standorte dort einbezogen.

Mit dem Carsharing-Gesetz, das voraussichtlich ab September 2017 in Kraft tritt, besteht die Möglichkeit, Carsharing-Fahrzeuge im öffentlichen Raum bzgl. Stellplätzen und Parkgebühren zu bevorzugen. Ziel sei es, in Zusammenarbeit mit den Initiativen Stellplätze für Carsharing zu identifizieren und im öffentlichen Raum auszuweisen.

Derzeit erfolgen weitere Abstimmungen bezüglich der Identifizierung von Carsharing-Standorten einschließlich der Festlegung von Prioritäten zur Umsetzung. Der Konzeptentwurf wird voraussichtlich zum Jahresende 2017 der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Herr Walter bittet in den Verhandlungen über Ladestationen für E-Autos auch über sinnvolle Abrechnungssysteme für den Strom nachzudenken sowie über Schnellladestationen für E-Autos, um ein langwieriges Aufladen zu vermeiden.

Herr Dr. Zöller erkundigt sich, ob die Schaffung ausschließlicher Carsharing-Parkplätze möglich sei.

Herr Niehoff erklärt, dass die Gespräche noch nicht abgeschlossen seien und das entsprechende Gesetz erst im September 2017 Gültigkeit erlange. Es würden jedoch auch zu diesem Thema sicher verschiedene Möglichkeiten geprüft werden.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0498 zur Kenntnis.

### **zu 3.16 Weg um Meedehorn in Sacrow**

#### **Vorlage: 17/SVV/0499**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung  
(Mitteilungsvorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein.

Mit Beschluss DS 15/SVV/0126 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, für das Meedehorn in Sacrow ein Wegekonzept zu entwickeln. Ziel des Konzeptes ist die Herstellung der vollständigen wasserseitigen Begehbarkeit unter Berücksichtigung ökologischer und naturschutzrechtlicher Belange.

Das Vorhaben liegt innerhalb des Naturschutzgebietes (NSG) bzw. FFH-Gebietes

(FFH-G) Sacrower See und Königswald sowie im Landschaftsschutzgebiet (LSG) Königswald mit Havelseen und Agrarlandschaft. Im Gebiet befinden sich Biotope (nach § 30 BNatSchG).

Zur planerischen Vorbereitung fand eine gemeinsame Begehung mit dem Kleingartenverein Sacrow-Meedehorn e. V. und Vertretern der Stadtverwaltung statt. Darüber hinaus wurde eine Grenzanzeige der Örtlichkeit durchgeführt. Mit den vorliegenden Vermessungsergebnissen erfolgen weitere Abstimmungen unter Einbeziehung des Kleingartenvereins Sacrow-Meedehorn e. V. zu Zielen und Maßnahmen.

Die weitere Umsetzung ist abhängig von der derzeit laufenden Prioritätensetzung zur Umsetzung der Uferkonzeption der Landeshauptstadt Potsdam. Eine Berichterstattung dazu erfolgt zum Jahresende 2017. Ein Sonderstatus für diese Maßnahme sollte nicht geschaffen werden.

Herr Wolinski erkundigt sich, ob in die Überlegungen auch der sich vor Ort ansiedelnde Fischotter einbezogen worden sei.

Herr Niehoff geht davon aus, dass das in der naturschutzfachlichen Prüfung beinhaltet ist.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0499 zur Kenntnis.

#### **zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

##### **zu 4.1        Vorab-Information zur Beschlussvorlage "Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag im Bereich der nördlichen Parkanlage der Villa Jacobs"**

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

(sh. Ausführungen zum TOP 3.1)

#### **zu 5            Sonstiges**

##### **zu 5.1        Rückfragen zur Kleinen Anfrage 17/SVV/0355 "Entwicklung von Baumfällungen"**

Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und erneut aufgerufen, wenn der Fragesteller, Herr Lack, anwesend ist.

Weitere Anmerkungen unter Sonstiges:

- Information über den bundesweiten Lärmaktionsplan des Eisenbahn-Bundesamtes:

Herr Rubelt gibt den Flyer, „Lärmaktionsplanung an Haupteisenbahnstrecken des Bundes“ an die Mitglieder aus und informiert, dass das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) zurzeit den bundesweiten Lärmaktionsplan für die Haupteisenbahnstrecken erarbeitet. Die erste Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung läuft vom 30.06. bis zum 25.08.2017. Alle Informationen sind auf [www.laermaktionsplanung-schiene.de](http://www.laermaktionsplanung-schiene.de) abrufbar. Eine Verlinkung von <https://www.potsdam.de/laermaktionsplan> zur v.g. Seite wird eingerichtet. Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) wird zum Start der Öffentlichkeitsbeteiligung des EBA eine Pressemitteilung herausgeben. Um rege Beteiligung von betroffenen Potsdamerinnen und Potsdamern wird gebeten.

- Herr Walter hat eine Frage zur aktuellen Liste über Fällungen im öffentlichen Straßenland aus Gründen der Verkehrssicherheit. In der Paul-Neumann-Straße wird die Fällung von insgesamt 16 Bäumen angekündigt. Diese 16 Bäume sind ohne Baumnummern aufgeführt. Herr Walter bittet diese nachzureichen.

(die um die betreffenden Baumnummern ergänzte Übersicht ist im Nachgang zur Sitzung im Ratsinformationssystem ausgetauscht worden)

- Herr Becker bezieht sich auf Linden an der L 92 (Ausfahrt Uetz-Paaren Richtung Fahrland). Hier erfolgten durch den Landesbetrieb Straßenwesen Fällungen nicht mehr standsicherer Bäume. Er fragt nach, ob hier Ersatzpflanzungen vorgesehen sind.

Herr Rubelt sagt zu, den Sachverhalt beim verantwortlichen Landesbetrieb erfragen und klären zu lassen.

Klaus Rietz  
Stellv. Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff  
Niederschrift